

Die Kampagne gegen den Adel und die Gutsbesitzer

Von Helmut Caspar

Vor 70 Jahren war die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone in vollem Gang.

Berlin. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann in der Sowjetischen Besatzungszone die Enteignung der Gutsbesitzer. Die mit der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) abgestimmte, von der KPD und ab 1946 von der SED organisierte und überwachte Umgestaltung der Besitzverhältnisse auf dem Land stand unter der Parole „Junkerland in Bauernhand“ und war als demokratische Bodenreform deklariert.

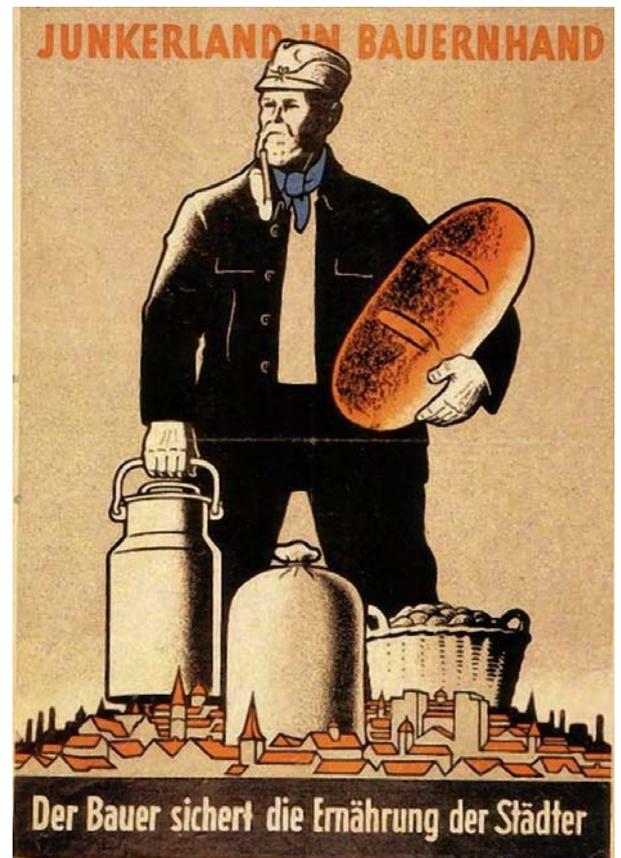
Die rigorosen Enteignungen und Vertreibungen gingen auf den sowjetischen Diktator Stalin zurück und begannen offiziell am 2. September 1945 in der brandenburgischen Stadt Kyritz. Dabei erklärte der KPD-Vorsitzende und spätere DDR-Präsident Wilhelm Pieck, das Volk müsse sich vom Untertanengeist, der Hörigkeit und Knechtseligkeit befreien. Die Maßnahmen zielten darauf, die Großgrundbesitzer-Klasse zu zerschlagen, wie man sagte, und sich potenzieller Feinde zu entledigen.

Unter dem Vorwand, Steine, Dachziegel und Holz für Neubauernhäuser gewinnen zu wollen, erhielten die ostdeutschen Landesregierungen die Weisung, möglichst viele Landschlösser, Gutshäuser und Wirtschaftsgebäude zu schleifen. Ein im September 1947 erlassener SMAD-Befehl bestimmte den Bau von 37 000 Häusern in den Neubauernwirtschaften, wobei die Materialien aus abzureißenden Kriegsbauten und Gutsgebäuden verwendet werden sollten. Der Befehl wurde untermauert durch eine massive Kampagne der Kommunisten gegen Junker und andere „Volksschädlinge“. Es wurden Schreckensbilder über die Rolle des Adels in der deutschen Geschichte verbreitet. Unterschiedslos wurden Angehörige der Aristokratie mit Raubrittern, Militaristen und Faschisten gleichgesetzt. Ihre Enteignung und die Vernichtung ihrer Gutshäuser feierte man als große historische Taten und als Friedenswerk.

Da auf örtlicher Ebene immer wieder Fragen nach dem Sinn der Aktion gestellt wurden, fühlten sich die Genossen zur Klarstellung genötigt. Das Zentralsekretariat der SED wurde in einem von Walter Ulbricht und Anton Ackermann unterzeichneten Schreiben vom 31. März 1948 deutlich: „Der Abriss darf nicht nur unter dem Gesichtswinkel betrachtet werden, Baumaterialien für Neubauernsiedlungen zu gewinnen; viel wichtiger ist soweit als möglich die Spuren der Junkerherrschaft auf dem Dorfe zu vernichten“.

Die Bodenreform erfüllte nicht die Erwartungen der Initiatoren. Mit dem Ruf „Ohne Gott und Sonnenschein bringen wir die Ernte ein“ wurde die Misere in der Landwirtschaft kaschiert. Gemeint war, dass es selbst bei schlechtem Wetter gelinge, die Früchte einzufahren, wenn man nur will. Der Spruch aus den frühen 1950er Jahren hatte zudem eine antireligiöse Tendenz. Er richtete sich gegen die Kirche, die die Zwangskollektivierung der Bauern bekämpfte und ein Hassobjekt der SED war. Schaut man auf die Realität, sieht man, dass die Genossenschaftsbauern ohne Erntehelfer ihre Ablieferungsverpflichtungen kaum erfüllen konnten.

Ihre maschinelle Ausstattung war meist schlecht und der politische Druck enorm. Die Folge war, dass viele ihrer Heimat den Rücken kehrten und als Verräter des Sozialismus verteufelt wurden.



Mit Parolen wurde vor 70 Jahren auf Plakaten für die Enteignung der Großgrundbesitzer geworben. Repro: H. Caspar